

FREIE SICHT

Klimapolitik: Richtig rechnen!

REINER EICHENBERGER

Mit dem Pariser Klimaabkommen verpflichtete sich die Schweiz, ihre Treibhausgasemissionen von 1990



bis 2030 um 50 Prozent zu senken – und damit mehr als die EU mit 40 Prozent. Das klingt gut und lieb, wird aber teuer. Die Kosten hängen stark davon ab, wie viel der Emissionsreduktion im Inland stattfinden muss, weil von der Schweiz finanzierte Massnahmen im Ausland weit billiger und effektiver sind. Der Bundesrat will, dass wenigstens 60 Prozent der Reduktion durch Inlandleistungen erfolgen. Der Nationalrat hat das abgelehnt. Bald hat der Ständerat das Wort. Was soll er tun? Die Inlandleistung richtig berechnen!

Grundsätzlich korrelieren die Treibhausgasemissionen eines Landes voll mit seiner Bevölkerungsgrösse. Die Schweizer Bevölkerung wächst alleine durch Zuwanderung (wenn sie ähnlich hoch wie in den letzten Jahren bleibt und ohne den Geburtenüberschuss der Neuzuwanderer) bis 2030 um gut 36 Prozent und damit weit mehr als diejenige der EU. Alleine durch die Zuwanderung würden deshalb die Emissionen in der Schweiz auf 136 Prozent des Niveaus von 1990 zunehmen – und in ihren Herkunftsländern, grossteils der EU, entsprechend abnehmen. Wenn die Emissionen nun trotzdem auf das Ziel von 50 Prozent fallen sollen, beträgt der Reduktionsaufwand nicht wie vom Bundesrat gerechnet 50 Prozentpunkte des Niveaus von 1990, sondern infolge Zuwanderung 86 Prozentpunkte (von 136 auf 50).

Das hat dramatische Folgen für die Inlandleistung: Wenn die gesamte bis 2030 versprochene Reduktion (auf 50 Prozent) im Ausland eingekauft würde, resultiert nach Rechnung des Bundesrates eine Inlandleistung von 0,0 Prozent. Tatsächlich aber müsste der Rückgang der durch Zuwanderung

«Alleine durch die Zuwanderung steigen Emissionen in der Schweiz.»

aufgeblähten Emissionen von 136 auf 100 Prozentpunkte immer noch durch Inlandleistungen erbracht werden. Der Inlandanteil an der tatsächlichen Reduktion von 86 Prozentpunkten läge dann bei 42 Prozent (36/86) und der Inlandanteil an der von der Schweiz versprochenen Reduktion von 50 Prozentpunkten würde sogar 72 Prozent betragen (36/50).

Der anvisierte Inland-Mindestanteil von 60 Prozent an der Reduktion um 50 Prozentpunkte würde bedeuten, dass die Inlandleistungen einen Rückgang von 30 Prozentpunkten des Niveaus von 1990 bringen müssen. Tatsächlich aber müssten die Inlandleistungen die Emissionen ja nicht von 100 Prozent, sondern von 136 Prozent weg senken, also um insgesamt 66 Prozentpunkte. Damit beträgt der Inlandanteil an der tatsächlichen Reduktion 77 Prozent (66/86) und der Inlandanteil an der von der Schweiz versprochenen Reduktion sogar 132 Prozent (66/50)! Da kann man sich nur wünschen, dass im neuen Jahr das Parlament besser rechnet als der Bundesrat im alten.

In dieser Kolumne schreiben «Handelszeitung»-Chefökonom Ralph Pöhner sowie Monika Roth, Professorin und Rechtsanwältin, Peter Grünenfelder, Direktor Avenir Suisse, und Reiner Eichenberger, Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik Universität Freiburg.

FREIE SICHT

Alle Kolumnenbeiträge im Internet:
handelszeitung.ch/freiesicht